

Liebe Mitglieder!

Liebe LeserInnen!

„Es ist nicht zu übersehen, es ist nicht zu überhören, am 1. Oktober 2006 wird gewählt“ – nein! Sie haben nicht falsch gelesen! Fast genau zwei Jahre ist es her, dass wir genau in ebendieser Kolumne mit ebendiesen Worten einleiteten.

Im September 2006, einen Monat vor der letzten Nationalratswahl, brachten wir im Rundbrief 12/06 Stellungnahmen der damals im Parlament vertretenen Parteien zu spezifischen Fragen der „Behinderten – Bildungs – Politik“. Die PolitikerInnen wurden mit Fragen wie Integration in Kindergarten und Schule, Teilqualifizierung, und arbeitsrechtlichen Maßnahmen für Jugendliche, usw. konfrontiert und befragt. Bekenntnisse und Versprechungen! Und die Bilanz: Es wurde so gut wie keine Forderung der Integrationsbewegung umgesetzt, wie beispielsweise die gesetzliche Verankerung der Integration behinderter SchülerInnen an der Sekundarstufe II, der Ausbau der integrativen Kindergärten und der Nachmittagsbetreuung, der Qualitäts-

verbesserung und Weiterentwicklung an den I-Klassen, um nur einige zu nennen.

Okay, es sind ja nur zwei Jahre vergangen, und davon muss sowieso ein Jahr abgerechnet werden, denn so viel Zeit wurde verschwendet, um überhaupt eine Regierung zustande zu bringen und dann um zu überlegen, ob es noch Sinn hat weiterzumachen, und, und, und... und so blieb auch nicht viel Zeit zum Umsetzen der versprochenen Wahlsagenen.

Daher jetzt wieder: *„Es ist nicht zu übersehen, es ist nicht zu überhören, am 28. September 2008 wird gewählt!“*

Aus zeitlichen und organisatorischen Gründen können wir zu dieser Wahl leider nur Programmauszüge der einzelnen Parteien zum Thema: ‚Menschen mit Behinderung‘ bringen.

Wenn wir im Jahre 2010 Bilanz ziehen werden, möchten wir an dieser Stelle schreiben: *„Es ist nicht zu übersehen, es ist nicht zu überhören: Die Integration behinderter SchülerInnen an der Sek II ist gesetzlich verankert, alle Kinder haben einen Kindergartenplatz und adäquate Nachmittagsbetreuung, ...“*

In dieser Ausgabe präsentieren wir einen - wie er sich selbst nennt – kreativen Österreicher. Über den Rundbrief verteilt, werden sie Texte und Gedanken von Herrn Samek finden.

Theresia Haidlmayr, langjährige Behindertensprecherin der Grünen, kandidiert nicht mehr. Seit 1994 vertrat Theresia Haidlmayr die Interessen behinderter Menschen im Parlament.

Laut einem Interview von BIZEPS mit Grünen Chef Van der Bellen, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht abschätzen, ob die Grünen wieder mit einer betroffenen Person als Abgeordneter/n vertreten sein werden.

Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen – Integration Wien bedauert diesen Schritt.



Das Leben eines kreativen Österreichers

Ich bin Markus Peter Samek alias OKMA. Der Name OKMA steht für **OKAY MARKUS**. OKMA macht Musik, schreibt Songtexte, singt, tanzt, ist als Schauspieler und DJ tätig und macht auch Radioansagen. Weiters ist OKMA Bandmitglied von „Echt stoak“. OKMA nimmt derzeit Gitarre und Schlagzeugunterricht. OKMA macht aber auch Soloprojekte. Das Projekt



OKMA gibt es seit mittlerweile zwei Jahren. OKMA erwartet sich, dass er als ernst zu nehmender Künstler langfristig Musik machen kann, dass er auf Tour gehen und auf großen Bühnen spielen kann.

OKMA schreibt alle Texte selber. Die Texte entstehen aus seiner Erfahrung und aus verschiedenen Lebenssituationen, was sie natürlich auch so Einzigartig machen.

Also, wer die Musik hört, sollte aufpassen und die Texte nicht falsch verstehen.

Wenn Ihr mehr über das Projekt OKMA wissen möchte,

dann besucht mich auf meiner homepage: myspace.com/Okma66

Neue MitarbeiterInnen in der Beratungsstelle:

Seit 1. 8. 2008 ist Fr. **Mag^a Sabine Schatz** als Leiterin und Beraterin für die Beratungsstelle (Vor-)Schulische Integration beim Verein *Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen – Integration Wien* tätig.

Sie ist ausgebildete Kindergärtnerin, hat Pädagogik mit Schwerpunkt Sonder- und Heilpädagogik studiert, einen Ausbildungslehrgang zum Krisencoach für Kids und Teens sowie den LeiterInnenlehrgang an der Akademie für Sozialmanagement absolviert.

Bisher war sie unter anderem als Leiterin von Wohngruppen für geistig- und mehrfachbehinderte Menschen und als Berufsausbildungsassistentin für Jugendliche in der integrativen Berufsausbildung tätig.

Telefon: 01/789 26 42/12

E-mail: sabine.schatz@integrationwien.at



Seit Juli 2008 ist Nives Kasalo Petric bei *Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen – Integration Wien* im Projekt „ELTERNNETZWERK WIEN“ als Beraterin tätig.

Sie ist ausgebildete Kindergärtnerin und Horterzieherin sowie Absolventin des Studiums Pädagogik mit Schwerpunkt Integrative Pädagogik. (Abschlussprüfung im Herbst)

Berufliche Erfahrung hat Frau Kasalo Petric in der Wohnbetreuung und Begleitung von Jugendlichen und Kindern mit Behinderung.

Da Nives Kasalo Petric ursprünglich aus Kroatien stammt (Muttersprache kroatisch) kann sie bei Bedarf Beratungen in kroatischer bzw. serbisch/kroatischer Sprache durchführen.

Telefon: 01/789 26 24/16

E-mail: nives.petric@integrationwien.at

Stellungnahmen der einzelnen Parteien zum Thema ‚Menschen mit Behinderung‘



Unser Ziel ist die umfassende Teilhabe von Menschen mit Behinderungen an der Gesellschaft, und zwar unabhängig davon, ob die Behinderung von Geburt an vorliegt oder aus Unfällen oder Krankheiten im Laufe des Lebens resultiert.

Voraussetzung für die volle Teilhabe sind zunächst integrative Bildungsformen in allen Schulbereichen und Schulstufen sowie ausreichende persönliche Assistenzleistungen vom Kindergarten bis zur Universität, aber auch später am Arbeitsplatz und in der Freizeit.

Darauf aufbauend muss eine realistische Möglichkeit der Integration in den Arbeitsmarkt eröffnet werden, etwa durch die Schaffung und Sicherung von sozialversicherungsrechtlich abgesicherten Beschäftigungsverhältnissen sowie durch höhere Durchlässigkeit zwischen Beschäftigungstherapien und Arbeitsverhältnissen. Auch bei der Nutzung von Beschäftigungstherapien muss die soziale Absicherung gewährleistet werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass alle wesentlichen Infrastrukturen, wie etwa im Verkehr oder bei Bauprojekten, barrierefrei gestaltet werden und dass der Schutz vor Diskriminierung für Menschen mit Behinderungen verbessert wird. Barrierefreiheit muss auch für die Nutzung neuer Technologien gelten. Wir werden uns verstärkt dafür einsetzen, dass Websites speziell im öffentlichen Bereich barrierefrei gestaltet werden. Darüber hinaus wollen wir die Behindertenfreibeträge erhöhen.

Unternehmen, die ihrer Einstellungsverpflichtung nicht nachkommen, sollen jene Kosten zahlen, die ein Arbeitsplatz für

Beeinträchtigte kostet. Der Kündigungsschutz darf nicht abgebaut werden.



Die ÖVP ist immer für eine zielgerichtete Valorisierung des Pflegegeldes eingetreten. Das Pflegegeld muss wirksam für jene am meisten erhöht werden, die es am dringendsten benötigen. Dies setzen wir

nun um: Die Pflegestufen 1 und 2 werden um 4% erhöht, die Stufen 3,4,5 um 5% und die Pflegestufen 6, 7 um 6%. Weiters erfolgt eine Verbesserung bezüglich der Einstufung einer Demenzerkrankung beim Pflegegeld sowie bei der Einstufung von Kindern und Jugendlichen mit schwerer Behinderung.

Das Behindertengleichstellungsgesetz (BGG) stellt einen Meilenstein in der Politik für Menschen mit Behinderung dar, weil durch dieses Gesetz erstmals vom Gesetzgeber das Verbot der Diskriminierung klar formuliert wurde. Natürlich muss das BGG – wie jedes Gesetz – einer Evaluierung unterzogen werden, um eventuelle Schwachstellen ausfindig zu machen. Und beseitigen zu können.

Eine Evaluierungsstudie ist dazu bereits in Ausarbeitung. Spürbare positive Veränderungen hat das BGG beispielsweise mit dem Institut des Schlichtungsverfahrens gebracht. Hinsichtlich der Rechtsdurchsetzung sind sicherlich noch Verbesserungen notwendig, konkrete Änderungen sind allerdings erst nach Vorliegen eines Ergebnisses der Evaluierungsstudie sinnvoll.

Die Arbeitslosigkeit bei behinderten Menschen ist im Juni im Vergleich zum Vorjahr um 4,1% gesunken. Jeder arbeits-

JEDER IST BESONDERS

Egal, wer Du bist,
du hast etwas,
was nicht jeder hat,
denn Du bist einzigartig auf
dieser Welt.

Du bist ein Mensch,
der es geschafft hat,
was besonderes zu sein.

Auch wenn Dir niemand glaubt,
steh' zu Dir und bleib Dir treu!

Und schau' raus,
denn Du hast es geschafft,
dein Leben zu leben!
...das ist nicht so leicht,
wie es aussieht...

Und wenn es mal schief geht,
glaub' an Dich
weil es gibt niemanden außer
Dich.

So bist Du
Du bist einzigartig
Du tust mir gut

OKMA

lose behinderte Mensch ist jedoch einer zuviel! Die Beschäftigungsoffensive muss daher fortgesetzt werden. Besonderes Augenmerk muss dabei lernbehinderten Menschen gelten.

Die Persönliche Assistenz am Arbeitsplatz sichert bundesweit einheitlich behinderten Menschen mit Pflegebedarf ihren Arbeitsplatz bzw. ermöglicht ihn erst. Die Persönliche Assistenz wird auch im Rahmen der Berufsausbildung (Studium an einer Universität oder bei Integrativer Lehre) gewährt. Sie soll behinderten Menschen in allen Lebensbereichen, egal ob Schule, Freizeit oder Beruf ein selbstbestimmtes und integriertes Leben ermöglichen, daher werden wir uns dafür einsetzen, dass Persönliche Assistenz alle Lebensbereiche umfasst.



GRÜNE Forderungen sind:

- die notwendigen Nachbesserungen des Behindertengleichstellungsgesetzes
- Verwirklichung von Behindertengleichstellung im Bereich Bildung
- Maßnahmen zur Verwirklichung der Anerkennung der Gebärdensprache
- Erhöhung und jährliche Valorisierung des Pflegegeldes
- Einführung der offenen Pflegegeldstufe
- Einführung einer bedarfsgerechten Persönlichen Assistenz
- Sozialrechtliche Absicherung von Menschen, die in der Beschäftigungstherapie tätig sind.

Recht auf Integration

Der gleichberechtigte Bildungszugang für Menschen mit Behinderungen muss bundesweit gesetzlich verankert werden. Wir

fordern einen Rechtsanspruch auf Integration in einem gemeinsamen Unterricht auch nach der 9. Schulstufe. Rahmenbedingungen für gemeinsamen Unterricht aller Kinder und Jugendlichen müssen vom Gesetz festgelegt werden, sodass alle SchülerInnen bestmöglich gefördert werden. Schulen, aber auch Lehr- und Lernprozesse sind entsprechend zu gestalten, Bildungseinrichtungen müssen barrierefrei zugänglich und ausgestattet sein.

Neben dem Rechtsanspruch auf Integration muss frei über Schulart und Schulstandort entschieden werden können. Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf ist es heute im 11. und 12. Schuljahr etwa nur möglich, eine Sonderschule zu besuchen. Derartige Beschränkungen des Elternwahlrechts sind aufzuheben - vor allem zu Gunsten der bestmöglichen individuellen (Aus-)bildung. (Das vollständige Programm liegt bei INTEGRATION WIEN auf)



Die FPÖ bekennt sich zur sozialen und rechtlichen Absicherung der pflegenden Angehörigen.

Die Voraussetzungen für die Zuerkennung einer Persönlichen Arbeits-Assistenz müssen klar definiert werden. Wer die Voraussetzungen erfüllt, muss einen Rechtsanspruch erhalten.

Um der Verletzungsgefahr vorzubeugen und auch blinden und stark sehbehinderten Menschen möglichst große Sicherheit im Straßenverkehr zu gewährleisten, setzt sich die FPÖ für eine gesetzlich festgelegte Mindesthöhe von Verkehrszeichen auf Gehwegen ein.

Die FPÖ setzt sich dafür ein, volljährigen unterhaltsberechtigten Personen, die

SO BIST DU

Du bist einzigartig!
Du tust mir gut!
Ich brauche dich!
So bist du zu mir!

Alles was ich will, bist du.
Du bist alles was ich brauch'.
Was ich denke,
kann ich nicht in Worte fassen,
denn du bringst mich
um den Verstand.
Dann sage ich zu dir....

Spiel nicht mit meinem Herzen!
Füg' mir keine Schmerzen zu!
Kannst du mich versteh'n?
Kannst du mir vertrau'n?

Ich habe Angst dich zu verlieren.
Ich kann nicht garantieren,
dass es gut geht mit uns.
Doch zu einer Freundschaft
gehören zwei.
Dann sage ich zu dir:
komm doch her zu mir....

OKMA

sich noch in Schulausbildung befinden oder aufgrund ihrer Behinderung erwerbsunfähig sind, einen Anspruch auf Unterhaltsvorschlüsse zu gewähren.

Um den Bedürfnissen taubblinder Menschen Rechnung zu tragen, ist zunächst die Anerkennung der Taubblindheit als eigenständige Behinderung sicherzustellen. In weiterer Folge kann die Anzahl der Betroffenen in Österreich festgestellt und entsprechende Unterstützung bereitgestellt werden.

Menschen mit Behinderung müssen die Möglichkeit erhalten, ohne unüberwindbare Hürden persönlich vor der Wahlbehörde zu erscheinen und von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen. Deshalb soll es künftig in jeder Gemeinde zumindest ein barrierefrei erreichbares Wahllokal geben.

Um eine soziale Absicherung jener behinderten Menschen sicherzustellen, die in einer geschützten Werkstätte arbeiten, ist auch ein eigener Arbeitsvertrag abseits der für den ersten Arbeitsmarkt geschaffenen kollektivvertraglichen Verpflichtungen zu ermöglichen. Die Trägerorganisationen sind aufgrund der zu erwartenden Mehrkosten mit den notwendigen finanziellen Mitteln auszustatten. Für den Staat entstehen längerfristig keine Mehrkosten, da behinderte Menschen ohne Pensionsanspruch jedenfalls Anspruch auf Grundsicherung haben werden. Für den Betroffenen ergibt sich aber ein großer Unterschied, weil er unter anderem die Möglichkeit erhält, mit seiner Arbeit auch einen Pensionsanspruch zu erwirken. Und das ist ein wesentlicher Teil von Selbstbestimmung.

(Das vollständige Programm liegt bei INTEGRATION WIEN auf)



„Sie sind nicht behindert – sie werden behindert“

Unsere Haltung zu diesem Themenbereich orientiert sich an unserer gesellschaftspolitischen Werthaltung: Im Mittelpunkt steht für die KPÖ die Frage, wie eine solidarische Gesellschaft erreicht werden kann. Für uns wäre Voraussetzung dafür, dass Menschen weder Möglichkeiten –

also z.B. aufgrund einer ‚Behinderung‘ – von Rechte – z.B. aufgrund ihrer Herkunft oder Staatsbürgerschaft – vorenthalten werden. Alle diese *Behinderungen* auszuschalten, dafür lohnt es sich für uns zu kämpfen.

Zum Thema im Besonderen: Die KPÖ hat sich, wie viele Initiativen, Angehörige von Menschen mit Behinderungen als auch Selbsthilfegruppen mit den Leitideen Empowerment, Partizipation und Inklusion auseinandergesetzt. Es geht nicht länger um eine bloße Eingliederung von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft, auch nicht um eine Normalisierung durch die Anpassung an „normale“ Lebensstandards, sondern um Selbstbestimmung, rechtliche Gleichheit und Anerkennung, soziale

Gerechtigkeit und volle gesellschaftliche Teilhabe. Menschen mit Behinderung jeden Alters sollen uneingeschränkten Zugang zu allen gesellschaftlichen Ressourcen, öffentlichen Institutionen, „regulären“ Arbeitsfeldern oder sozialen Diensten haben.

Inklusive Bildung ist für Menschen mit Behinderungen zu berücksichtigen. Es sind

WARUM BIN ICH SO?

Hey, everybody,
ich frage mich warum bin ich
als behinderter Mensch
auf die Welt gekommen?

Ich wollte immer ein
Normales Leben haben!
REF.: Warum bin ich so
Wie ich bin?

Ich frage mich,
warum es so gekommen ist?

Ich möchte
ein normaler Star sein.
Ich habe nur erreicht,
mit der Band
bekannt zu werden,
und noch nicht als Solo-Star...

Eines ist fix,
sie bewundern mich,
die Leute, die ich sehe und
sie sind in
meinen Gedanken...

REF.: Warum bin ich so
wie ich bin

OKMA

entsprechende Maßnahmen einzurichten wie z.B. das Recht für Kinder einen bedarfsgerechten, inklusiven Kindergartenplatz in Wohnortnähe besuchen zu können. Außerdem fehlen die Voraussetzungen für inklusive schulische Tagesbetreuung, die ausreichende barrierefreie Gestaltung und Ausstattung aller Schulen, ausreichend Personal und Assistenzkräfte auch für die Allgemein Bildenden- Höheren und Berufsbildenden Schulen über die neunte Schulstufe hinaus.

Die Beschäftigungsinitiative zur Integration von Menschen mit Behinderung als auch die Fortsetzung der „Behinderten“-milliarde sind auszuweiten wie auch die Qualifizierungsmaßnahmen zur Verbesserung der Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Rehabilitation- Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen sollten nicht erst einsetzen wenn Berufsunfähigkeit droht. Zusätzlich sind Menschen mit Behinderung die in Beschäftigungstherapien tätig sind, sozial-versicherungsrechtlich abzusichern.

Die KPÖ verlangt eine Anhebung des Pflegegeldes um den seit 1993 erfolgten Wertverlust (fast 30%) sowie künftig eine jährliche Valorisierung zumindest entsprechend der Inflationsrate für alle Sozialleistungen. Wir weisen auf die enorm gestiegene Belastung für Pflegebedürftige hin, weil nicht nur das Pflegegeld nicht entsprechend angehoben wurde, sondern auch die Pensionen nur bescheiden gestiegen sind, während Kosten für Pflegedienste, Heilmittel und Selbstbehalte teilweise sehr stark erhöht wurden. Gleichzeitig weist die KPÖ auch immer wieder erfolgende Angriffe auf das Pflegegeld, etwa dessen Ersetzung durch eine Pflegeversicherung zurück. Im Gegensatz zur Regierung verlangt die KPÖ eine höhere Besteuerung von Kapital und Vermögen, etwa durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Anhebung des Spitzen-

steuersatzes, die Abschaffung der Privatstiftungen sowie die Anhebung der Körperschaftssteuer auf die Profite der Kapitalgesellschaften und eine deutliche Entlastung kleinerer Einkommen.

liste fritz dinkhauser

Die Liste Fritz Dinkhauser will zum Thema Kinder, Jugend und Familie folgende Vorhaben umsetzen:

- Besuch der Kindergärten und Krabbelstuben kostenlos
- Kostenloser Zugang zu allen öffentlichen Sporteinrichtungen für Kinder und Jugendliche
- Musikschulbesuch und Sportvereinsaktivitäten für Kinder und Jugendliche zum Nulltarif
- Schulische Integration für Kinder mit Behinderungen
- Senkung der Klassenschülerzahlen zur deutlichen Verbesserung der Qualität des Unterrichts und gleichzeitig zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Junglehrern

GLAUB AN DICH
 Wenn du es schaffen willst
 berühmt zu sein,
 dann musst du an dich glauben.
 Denk daran, du kannst alles
 schaffen.
 Wenn du willst,
 kannst du alles erreichen.
 Du musst an dich glauben-
 nur so kommst du ans Ziel.
 Wenn du glaubst,
 du bist ein looser,
 dann sag' ich zu dir:
 Glaub an dich,
 denn du hast es drauf.
OKMA

LIF

Die Situation körperlich und geistig behinderter Menschen in unserer auf Mobilität angelegten Gesellschaft ist durch ein extremes Auseinanderklaffen von Anspruch und Realität gekennzeichnet. Am behindertenfeindlichen Zustand der Einrichtungen und Institutionen der öffentlichen Hand

zeigt sich das Ausmaß an Missachtung, das Behinderte in unserer Gesellschaft erfahren. Ihr gleiches Recht auf Teilhabe an den öffentlichen Einrichtungen wird ihnen durch die fehlende bauliche Abstimmung und Rücksichtnahme vorenthalten.

Wir befürworten die Integration körperlich und geistig Behinderter in allen Bildungseinrichtungen nach Maßgabe der pädagogischen Möglichkeiten. Voraussetzung

dafür ist insbesondere ein ausreichendes im Unterricht sowie die Einbindung eines zweiten Lehrers mit behinderten- spezifischer Ausbildung.

SKÖ – SOLIDARISCHE KULTUR ÖSTERREICH

Gespräch mit Karl Heinz Hackl:

Maß an innerer Differenzierung Hackl weiß aufgrund eigener Erfahrung um die Diskriminierung kranker und behinderter Menschen. Oberstes Gebot: Menschen mit Behinderung mit Respekt und Achtung begegnen. Kein falsches Mitleid zeigen! Hinschauen!

Laut Hackl muss ein Umdenken auf allen Ebenen (Wirtschaft, Gesellschaft, ...) stattfinden.

Wiener Musikschulen

Die Wiener Musikschulen sind offen für Kinder mit einer Behinderung. Eine Reihe von Instrumentallehrenden stellt sich bewusst auf die individuellen Fähigkeiten ein und vertreten die Meinung, dass ALLE Kinder die Berechtigung haben, an den Wiener Musikschulen das Instrument zu musizieren, das sie sich wünschen.

Auch die Fahrtendienste sind über die Vermittlung des Stadtschulrates bereit, die Kinder von der Schule in die Musikschule zu bringen, sodass die Eltern ihr Kind nur mehr von dort abzuholen brauchen. Derzeit nehmen bereits mehrere Kinder mit unterschiedlichen Herausforderungen in ihrer Entwicklung dieses Angebot der Wiener Musikschulen war.

Kontakt und Vernetzung:

Frau Mag. Clarissa Costa

Clarissa.costa@wien.gv.at

☎0676/933 96 55



**17.-19.9.2008
Messegelände Wels**

Als Österreichs führende Fachmesse für Pflege, Therapie und Betreuung bildet die **integra**® eine optimale Plattform für die Anliegen von alten, pflegebedürftigen und behinderten Menschen, deren Angehörige und allen

Fachkräften aus dem Sozial- und Gesundheitswesen.

Das Ziel der Fachmesse ist die Verbesserung der Lebensqualität von betroffenen Menschen und deren Angehörigen. Um dies zu bewerkstelligen liefert die **integra**® die neuesten Informationen und technischen Entwicklungen im Bereich Pflege, Therapie und Betreuung, die das Leben behinderter und pflegebedürftiger Menschen leichter und angenehmer gestalten. Persönliche Beratung durch erfahrene Fachleute soll jedem Einzelnen neue Perspektiven eröffnen. Außerdem wird es wieder informative Vorträge und praxisnahe Workshops im Rahmen des Bildungsprogramms geben.

Kontakt: 07735/6631-61, mail: office@integra.at

Impressum: Herausgeber: „Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen – Integration Wien“, 1150 Wien, Tannhäuserplatz 2/1. Redaktion: Sabine Hofmann, Helga Reindl. Druck/Vervielfältigung: Wien Work, Verlagspostamt: 1150, P.b.b.

Im Rahmen unseres Projektes **Elternnetzwerk Wien** bieten wir persönliche **Beratung** und **Begleitung** sowie **Elternrunden** und **Informationsveranstaltungen** für Eltern/Angehörige von Jugendlichen mit Behinderungen am Übergang Schule – Beruf.

Veranstaltungsprogramm für das 2. Halbjahr 2008

Elternrunden

Ablauf: inhaltlicher Input, Diskussion, Erfahrungsaustausch

Veranstaltungsort: Integration Wien, 1150 Wien, Tannhäuserplatz 2/1

Zeit: jeweils von 18.30 – 21.00 Uhr

| | |
|------------------|--|
| Di.16.09. | „Des geht net, gibt's net“ - Unter dem Motto „Eltern treten vor“ berichtet eine Mutter über ihre langjährigen Aktivitäten in der Vertretung von Menschen mit Behinderungen auf dem Weg ins Erwachsenenleben sowie von Elternanliegen. (Referentin: Gerda Ressler – Präsidentin des Vereins Behindertenombudsmann, Mutter einer erwachsenen Tochter mit Lernbehinderung) |
| Di.14.10. | „Stichwort: Freundschaft“ – Gerade am Übergang Schule – Beruf stellt sich für junge Menschen mit Behinderungen das Problem von mangelnden Sozialkontakten, die für den Weg in Richtung selbstbestimmtes Leben von großer Bedeutung sind. Wir beschäftigen uns mit der Frage: ‚Kann ich als Elternteil/Angehörige/r meine Tochter/meinen Sohn beim Aufbau sozialer Kontakte unterstützen?‘ (Referentin: Maria Brandl – Elternbildnerin und Mutter eines Sohnes der von der Gesellschaft als behindert bezeichnet wird) |
| Do.13.11. | „Was sich bisher klären ließ“ - Antworten auf die im ersten Halbjahr gesammelten Fragen der Eltern zum Thema Dauersozialhilfe und Arbeitsversuch. (Referentinnen: Susanne Gabrle – Koordinationsstelle AMS BSB FSW, Waltraud Engl – Elternnetzwerk Wien, JuristIn - angefragt) |

Informationsveranstaltungen

Ablauf: Informationen zu den ausgewählten Themen, Diskussion

Veranstaltungsort: Sargfabrik, Goldschlagstraße 169, 1140 Wien

Zeit: jeweils von 18.15 – 21.15 Uhr

| | |
|------------------|---|
| Do.30.10. | „Persönliche Zukunftsplanung – ein wertvolles Instrument auf dem Weg in Richtung berufliche Integration“ - Information und praktische Beispiele (Referentin: Ines Boban – erfahrene Moderatorin von Prozessen der persönlichen Zukunftsplanung, Wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Martin-Luther-Universität in Halle-Wittenberg mit Schwerpunkt Rehabilitations- und Integrationspädagogik) |
| Di.02.12. | „Angebote des Fonds Soziales Wien zum Thema Arbeit und Beschäftigung“ (Referent: DSA Robert Bacher – Leiter der Abteilung Beschäftigung und Tagesstruktur, Fachbereich Behindertenarbeit, Fonds Soziales Wien) |

Der Besuch aller Veranstaltungen ist **kostenlos**. Aus organisatorischen Gründen ersuchen wir Sie um **Anmeldung bis eine Woche vor dem jeweiligen Veranstaltungstermin** per Telefon unter 789 26 42 DW 19,13,16 oder per E-Mail unter elternnetzwerk@integrationwien.at. Gerne organisieren wir für Sie bei Bedarf eine/n GebärdensprachdolmetscherIn. In diesem Fall ersuchen wir um Anmeldung bis spätestens zwei Wochen vor dem jeweiligen Termin. Über Ihre Teilnahme und auf regen Austausch freuen sich:

Mag.^a Waltraud Engl Karin Wegscheider Nives Kasalo Petric